9. Sind in Württemberg die Oberamtsärzte durch ihren Diensteid auch für die Erstattung von gerichtlichen Gutachten der in ihr Amt einschlagenden Art im allgemeinen beeidigt?

St. P. D. § 79 Abs. 2.

Königl. Württembergische Verordnung, betr. die Ableistung der Dienst-
eide, vom 27. Oktober 1878 §§ 2. 6 (Reg.-Bl. S. 233).

I. Straffenat. Urtr. v. 25. März 1897 g. F. Rep. 675/97.

I. Landgericht Ulm.

Aus den Gründen:

Die Annahme der Revision, daß der Diensteid der württembergischen Oberamtsärzte als ein Eid im Sinne des § 79 Abs. 2 St. P. D. nicht gelten könne, daß aber jedenfalls dieser Eid die sämtlichen Ausfagen des Oberamtsarztes Dr. E. nicht umfasse, ist irrtümlich. Aus dem Sitzungsprotokolle erhellt, daß Oberamtsarzt Dr. E. in der Hauptverhandlung bei seiner Vernehmung als Sachverständiger nicht bloß über allgemeine Erfahrungsthatsachen aus dem Gebiete seines ärztlichen Wissens, sondern auch über die Beobachtungen, welche er im vorliegenden Falle unter Anwendung seiner sachverständigen Kenntnisse bei der körperlichen Untersuchung und während der Heilung des Verletzten gemacht hat, dem Gerichte Erklärungen abgegeben hat. Da indes ein Sachverständiger durch die Ableistung des Sachverständigeneides (§ 79 Abs. 1 St. P. D.) beschwört, daß er sein Gutachten nach bestem Wissen und Gewissen erstatten werde, und da der württembergische Oberamtsarzt insbesondere bei Ableistung seines Dienstoides,

Königliche Verordnung, betreffend die Ableistung der Dienst-
eide, vom 27. Oktober 1878 § 2 (Reg.-Bl. S. 233),

beschwört, daß er alle ihm vermöge seines Amtes obliegenden Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen genau erfüllen wolle, so deckt dieser Eid auch diejenigen Befundungen, welche er nach Zuziehung zu den Handlungen des Gerichtes innerhalb seines Dienstes als sachverständiger Zeuge wahrgenommen und seinem Gutachten zu Grunde gelegt hat. Andere als Thatsachen der genannten Art hat der Sachverständige weder nach dem Inhalte des Sitzungsprotokolles, noch nach den Ausführungen der Revision bezeugt. Nun glaubt zwar die letztere,

daß der Sachverständigeneid nur, wenn er in der Hauptverhandlung vor Gericht geleistet werde, auch jene sachverständigen Bekundungen der dem Gutachten im einzelnen Falle unterliegenden konkreten Vorgänge umfasse, nicht aber, wenn ein für die Erstattung von Gutachten der betreffenden Art im allgemeinen beeidigter Sachverständiger sein Gutachten unter Berufung auf den geleisteten Eid erstatte. Dieser Annahme steht jedoch schon der Inhalt des § 79 St. P. O. entgegen; denn er unterscheidet nicht zwischen der Eidesleistung eines Sachverständigen, welche von ihm vor Erstattung seines Gutachtens bei Gericht abgegeben wird, und der Berufung auf den geleisteten Eid, wenn ein Sachverständiger für die Erstattung von Gutachten der betreffenden Art im allgemeinen beeidigt ist, sondern läßt diese Berufung an die Stelle des in der einzelnen Sache vor Abgabe des Gutachtens zu leistenden Sachverständigeneides treten. Auch ein innerer Grund für jene Unterscheidung liegt nicht vor, da in beiden Fällen der Sachverständige gleicherweise in die Lage kommen kann, die dem Kreise seines sachverständigen Wissens angehörigen allgemeinen wissenschaftlichen Erfahrungssachfachen zu denjenigen Wahrnehmungen, die er im konkreten Falle auf Grund seiner wissenschaftlichen Kenntnisse gemacht hat, in vergleichende Beziehung zu setzen und hierüber sein Gutachten abzugeben. In dem Nachtrage zur Revision wird endlich die Meinung aufgestellt, daß, da der Eid, welchen die Oberamtsärzte in Württemberg als Sachverständige für die Erstattung von Gutachten der in ihr Amt einschlagenden Art im allgemeinen abzulegen haben, von einer Verwaltungsbehörde, der Königlichen Kreisregierung, und nicht vom Gerichte abgenommen werde, dieser Eid kein Eid im Sinne des § 79 Abs. 2 St. P. O. sei. Allein die Strafprozeßordnung giebt weder eine Bestimmung über die Form des allgemeinen Sachverständigeneides, noch eine Anordnung darüber, vor welcher Behörde er abzuleisten ist. Hierüber entscheiden die landesgesetzlichen Vorschriften. Wenngleich daher die Oberamtsärzte in Württemberg ihren Diensteid bei der Königlichen Kreisregierung, der sie als Staatsbeamte dienstlich unterstellt sind, abzulegen haben, so hindert dies nicht die Zulässigkeit einer Berufung auf den geleisteten Eid, sofern nur der Inhalt des Diensteidens die Annahme gestattet, daß durch die Berufung auf denselben das Gutachten als ein eidliches gelten muß. Gemäß Artt. 1—3 des württembergischen Gesetzes vom 28. Juni 1876, betreffend die

Rechtsverhältnisse der Staatsbeamten (Reg.-Bl. S. 211), in Verbindung mit Art 1 und Beil. I. des Gesetzes vom 14. Juni 1887, betreffend die Beilagen des erstgenannten Gesetzes (zu vgl. auch das württembergische Verwaltungsgesetz vom 1. März 1822 § 73 Abs. 1. 2), sind die Oberamtsärzte auf Lebenszeit angestellte Beamte im Departement des Inneren und haben den in der königlichen Verordnung vom 27. Oktober 1878 (Reg.-Bl. 233) §§ 2, 6 vorgeschriebenen Diensteid nach Maßgabe der Verfügung des Ministeriums des Inneren vom 2. April 1879 (Amtsblatt S. 137) VI. 4 vor der Kreisregierung bezw. ihrem Vorstande abzulegen. Oberamtsarzt Dr. E. hat diesen Diensteid am 5. April 1880 gemäß § 2 der königlichen Verordnung vom 27. Oktober 1878 in der vorgeschriebenen Form geleistet; der Eid hat bezüglich der Dienstpflichten des Oberamtsarztes den schon hervorgehobenen Inhalt. Daß aber die Abgabe von Gutachten der fraglichen Art zu den Amtspflichten des Oberamtsarztes gehört und von seinem Diensteide umfaßt wird, erhellt aus dem Umfange seiner dienstlichen Stellung, in deren Kreis nach der Verfügung der Ministerien der Justiz und des Inneren, betreffend die Abtheilung der gerichtsarztlichen Geschäfte, vom 17. Oktober 1879 (Reg.-Bl. S. 467) die vorliegende Begutachtung fiel.